

Medieninformation

Internationale Gesellschaft für Menschenrechte
IGFM - Deutsche Sektion e.V.
Borsigallee 9, 60388 Frankfurt/Main
Tel.: 069-420108-0, Fax: 069-420108-33
eMail: presse@igfm.de, www.menschenrechte.de

VR China / Nordkorea

Keine Abschiebung von Flüchtlingen nach Nordkorea! Südkoreanische Präsidentin fordert, Sicherheit von Flüchtlingen IGFM: Todesstrafe droht

Peking / Pjöngjang (4. Juni 2013) – Die südkoreanische Präsidentin Park Geun-hye hat am Montag Nordkorea aufgefordert, die Sicherheit von nordkoreanischen Flüchtlingen zu garantieren, die China kurz zuvor in das stalinistische Nordkorea abgeschoben hat. Die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) weist darauf hin, dass den Flüchtlingen in Nordkorea Folter und Tod drohen und die Volksrepublik China durch die Abschiebung bindendes Völkerrecht missachte. „Südkorea nimmt jeden nordkoreanischen Flüchtling auf. Chinas Abschiebepaxis ist nicht nur völlig unnötig, sie ist ein Verbrechen! Die Vereinten Nationen dürfen dazu nicht schweigen,“ betonte IGFM-Vorstandssprecher Martin Lessenthin.

Anlass für die offene Intervention der südkoreanischen Regierung war die Auslieferung von neun jugendlichen Nordkoreanern an China durch Laos. Laos hatte nach Angaben der IGFM bisher Flüchtlingen aus Nordkorea den Transit nach Südkorea ermöglicht und galt als Etappenziel einer der wenigen möglichen Fluchtrouten.

Die Volksrepublik Nordkorea leidet durch ihre staatlich gelenkte Misswirtschaft vor allem seit Anfang der neunziger Jahre unter immer größeren Versorgungsproblemen, die in einer der größten Hungerkatastrophen des 20. Jahrhunderts mündeten. Allein zwischen 1994 und 1998 sind rund 2-3 Millionen Menschen an Hunger und den Folgen von Unterernährung gestorben. Menschen flüchten nach China, um Nahrung und Arbeit zu finden und um vor dem Terror des Regimes zu fliehen. Die Gesamtzahl der Flüchtlinge ist unbekannt. Viele versuchen innerhalb der koreanischen Minderheit in der Volksrepublik China unterzutauchen. Andere wagen die weitere Flucht über Laos und Thailand nach Südkorea, so die IGFM. Inzwischen lebten rund 23.000 Nordkoreaner im demokratischen Südkorea.

IGFM: China bricht Völkerrecht

Die IGFM kritisierte die chinesische Regierung scharf. China breche als Mitglied des Weltsicherheitsrates seit Jahrzehnten systematisch bindendes Völkerrecht und Menschenrechtsverträge. Unter anderem die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen und die Anti-Folterkonvention, so die IGFM weiter.

Weitere Informationen zur Menschenrechtsslage in der Volksrepublik China:

<http://www.igfm.de/laender/china/>

Facebook-Seite der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte:

<https://www.facebook.com/igfmdeutschland>